

ONLINE-DURCHSUCHUNGEN

## Blockade gegen Trojaner

Im Streit um die geplanten Online-Durchsuchungen von Computern wird der Ton in der Großen Koalition schärfer. Nachdem sich am Freitag Vertreter der Parteien erneut ergebnislos vertagten, wirft der Verhandlungsführer der CDU, Wolfgang Bosbach, der SPD nun Blockadepolitik vor: „Die SPD muss sich endlich entscheiden, ob sie die Online-Durchsuchung will oder nicht“, so Bosbach. Erst dann könne man sich über Details verständigen. Unterdessen hat aber das Bundesverfassungsgericht, das am 10. Oktober über die in Nordrhein-Westfalen bestehende Online-Durchsuchungsbefugnis für den dortigen Verfassungsschutz verhandeln wird, mögliche Bedenken gegen den Einsatz von Spionageprogrammen („Bundestrojaner“) erkennen lassen. In der Verhandlung wollen die Richter laut einer vorab verschickten Frageliste unter anderem wissen, ob bei der verdeckten „Durchsuchung von Speichermedien“ via Internet gewährleistet werden könne, dass nur ermittlungsrelevante Inhalte erfasst, andere Daten aber geschützt



BKA-Rechenzentrum

würden. Zudem geht aus der sogenannten Verhandlungsgliederung hervor, dass es beim „Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung“ Probleme geben könnte. In den vergangenen Tagen debattierte Zweifel, ob beamtete Hacker überhaupt unbemerkt in fremde Computer eindringen können, halten Fahnder hingegen für absurd: Seit 2005 seien schon mehrfach Rechner von Verdächtigen geknackt worden. Erst der Bundesgerichtshof hatte die Praxis Anfang dieses Jahres wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gestoppt.



Fabrikarbeiterin (in Nanjing)

GIFTSPIELZEUG

## TÜV für China-Importe

Angesichts immer neuer Rückrufaktionen von gesundheitsgefährdendem chinesischem Spielzeug hat Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) die EU-Kommission aufgefordert, ihr Konzept für eine neue europäische Spielzeugrichtlinie zu verschärfen. In einem Brief an EU-Vizepräsident Günter Verheugen schlägt Glos vor, für importierte Spielwaren eine „obligatorische Überprüfung“ einzurichten. Dergleichen könne eine unabhängige Prüfungsinstanz, zum Beispiel der TÜV, übernehmen. Die Untersuchungsstelle soll mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden. So sei zu überlegen, „ob künftig nicht besser eine Qua-

litätskontrolle in der internen Fertigung erforderlich“ sei. Im Klartext: Die TÜV-Prüfer sollen Einsicht bekommen in die Unterlagen der ausländischen Hersteller, dazu sollen sie auch die Produktionsstätten vor Ort, etwa in China, inspizieren. Erst dann sollten Produkte für den Export in die EU freigegeben werden. Glos plädiert auch dafür, dass neben dem neuen, künftig europaweit gültigen Prüfzertifikat nationale Verbraucherschutzzeichen wie das deutsche GS-Zeichen („Geprüfte Sicherheit“) bestehen bleiben. „Sie bieten den Verbrauchern/Anwendern oft zusätzlichen Nutzen und ergänzen die europäischen Maßnahmen“, schreibt er.

AFGHANISTAN

## Schüsse am Checkpoint

Eine Beamtin der Bundespolizei ist in Afghanistan nur knapp dem Tod entkommen. Die Polizistin aus Deutschland war Ende vorvergangerer Woche mit einem finnischen Kollegen in der Nähe des Kabuler Flughafens unterwegs, als sie an einem Kontrollpunkt der afghanischen Polizei zum Halten aufgefordert wurde. Weil die Dienstvorschriften vorsehen, in solchen Situationen nicht zu stoppen, gab die Beamtin Gas. Daraufhin feuerten afghanische Polizisten mehrere Schüsse ab, von denen drei den Mitsubishi Pajero trafen. Die Polizistin und ihr Kollege, die im Auftrag der europäischen Polizeimission Eupol unterwegs waren, blieben allerdings unverletzt. Das Bundesinnenministerium denkt nun über klare Regeln für die Identifikation an Checkpoints nach, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Wie fragil die Sicherheitslage derzeit am Hindukusch ist, zeigt ein weiterer Anschlag vom vergangenen Freitag, bei dem sich ein Selbstmordattentäter hinter dem Fahrzeug deutscher Feldjäger in die Luft sprengte.